

Tony Sender

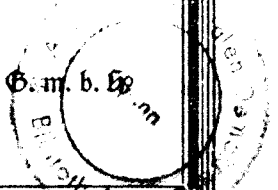
Große Koalition?

Gegen ein Bündnis mit der
Schwerindustrie



Frankfurt a. M. 1923

Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H.
Abteilung Buchhandlung



5520.11237 10251

52716

Wir empfehlen:

Uebergangszeit

Ein Beitrag zur Aufklärung
über die tieferen Ursachen und Ziele der Revolution

Drei Abschnitte: 1. Die Parabel vom Wasserbecken
2. Die Uebergangszeit
3. Das Buch der Blinden

Auszug aus Bellamys „Gleichheit“
54 Seiten — Preis Mk. 60.—

+

Die Parlamentsauflösung

nach deutschem Landesstaatsrecht
unter Berücksichtigung der Verfassungen von
Preußen, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen
Von Dr. Alexander Vorch — Preis Mk. 30.—

+

Stabilisierung der Valuta

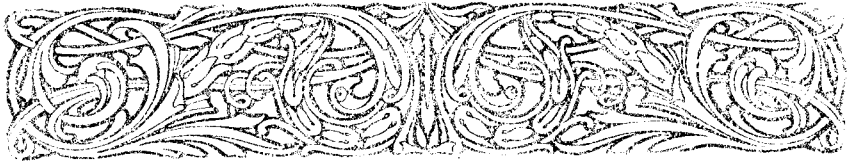
Eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit
Von Bruno Uch — Preis Mk. 25.—

+

Union-Druckerei u. Verlagsanstalt, G.m.b.H.
Abteilung Buchhandlung, Frankfurt am Main

A52716

k2907 FES11.0577



Unter dem Sturmzeichen der gefährdeten Republik hat sich im Anschluß an die der Ermordung Rathenaus folgenden Kämpfe die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien vollzogen. Sie konnte sich in dieser alle überraschenden Geschwindigkeit nur dadurch vollziehen, daß die breiten Massen des organisierten Proletariats gerade angesichts der sich verstärkenden reaktionären Gefahr mit Schärfe die Notwendigkeit festen Zusammenstehens des Proletariats als Klasse erkannten, ebenso wie die Tatsache, daß das gelegentliche Zusammenstehen nur im Augenblick der akuten Gefahr nicht genügt, sondern eine Vergrößerung von proletarischer Macht und Einfluß nur durch ein stetes koordiniertes Zusammenwirken aller Kräfte des Klassenkampfes durchzusetzen ist. So hat denn die sozialistische Einigung der Gesamtbewegung einen frischen, neuen Glanz, den Arbeitern erhöhtes Machtbewußtsein verliehen und mit stolzen Hoffnungen blickten Hunderttausende auf Nürnberg, auf die neue geeinte Partei.

Eine Partei, die, wie die sozialistische, mit Recht stolz ist auf die demokratische Grundlage ihrer Organisation, hat aber auch alle Ursache, diesen aus einem richtigen Instinkt entspringenden psychologischen Momenten ihr ganzes Augenmerk zu widmen.

Jedenfalls hat die Bourgeoisie die hohe Bedeutung der Vereinigung durchaus gewürdigt. Schon als diese sich anbahnte und zunächst die beiden sozialistischen Parlamentsfraktionen die Arbeitsgemeinschaft bildeten, war die unverzügliche Antwort die Bildung des Bürgerblocks, der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft. Daß die Schaffung des Bürgerblocks eine Zusammenziehung der kapitalistischen Kräfte gegen den Sozialismus bezwecken, daß insbesondere durch sie der verstärkte sozialistische Einfluß illusorisch gemacht werden sollte, das bewies die Taktik des Bürgerblocks und seiner Vertreter in der Regierung nach Wiederzusammentritt des Parlaments. Hatte das Kabinett Wirth bis zur sozialistischen Einigung keine sichere parlamentarische Mehrheit, so hatte zum erstenmal die Vereinigung die sichere parlamentarische Basis gegeben. Just in diesem Augenblick aber fühlt die Bourgeoisie das dringende Bedürfnis, eine Verbreiterung der Regierungsbasis nach rechts durch Einbeziehung der monarchistischen Deutschen Volkspartei vorzunehmen (nachdem wenige Monate vorher die Verbreiterung nach links durch Aufnahme Unabhängiger in die Regierung abgelehnt worden war!). Die Krise zog sich einige Zeit hin und aus ihr entstand schließlich nach dem Sturz des Kabinetts Wirth — nicht in offener Feldschlacht, sondern hinter den Kulissen des Parlaments — das angeblich überparteiliche, in Wirklichkeit das Kabinett des Bürgerblocks des Herrn Cuno.

An diesem Kabinett ist die Sozialdemokratie nicht beteiligt, nachdem die Fraktion mit Mehrheit die Ablehnung der Koalition mit der Deutschen Volkspartei beschlossen hat. Wenn auch dieser Beschluß von der überwiegenden Mehrheit der Parteigenossen und Parteipresse gutgeheißen wurde, so offenbarte doch die wieder aufgerollte Frage der „großen Koalition“ die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten, die in der Partei herrschen und sich im Augenblick um die Frage der großen Koalition kristallisieren. Hierbei muß jedoch hervorgehoben werden, daß die Trennungslinie zwischen den vorhandenen zwei Meinungen keineswegs dort entlang führt, wo ehemals Sozialdemokratische und Unabhängige Partei waren: die Kräfte haben sich vielmehr umgruppiert und eine vollkommen neue Konstellation innerhalb der geeinten Partei sich gebildet.

Sicher ist, daß mit dem erwähnten Beschluß der Fraktion die Frage selbst noch nicht endgültig erledigt ist; es mögen auch die Motive, die die Fraktionsmehrheit zur Ablehnung führte, verschieden gewesen sein — sicher ist jedenfalls, daß alle es für untragbar hielten, daß der erste entscheidende Schritt der neuen geeinten Sozialdemokratie ihr Bündnis in einer gemeinsamen Regierung mit der Schwerindustrie sein sollte. Inzwischen hat jedoch in Wort und Schrift von einer Anzahl im Vordergrunde stehender Genossen ein heftiger Ansturm gegen den gefaßten Beschluß, gegen das Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Regierung und für eine Revision der gefaßten Entschließung eingesetzt und einige besonders Schlaue glauben schon prophezeien zu dürfen, daß bei einer erneuten Abstimmung das Ergebnis ein anderes, ein ganzer Teil der Fraktionskollegen nunmehr eine stinneskoalitionfreundliche Haltung annehmen würden. Wir halten es zwar für müßig, sich in dieser Weise in den Künften der Seelenkunde (indem man z. B. deutet, wie die Abwesenden in der Fraktion gestimmt haben würden!) und Arithmetik zu ergehen; ernst nehmen aber müssen wir die in der Tat vorhandene Strömung in der Partei, damit sich nicht infolge mangelnder Aussprache und eingehender Klärung innerhalb der Parteimitgliedschaften schließlich eine taktische Wendung vollzieht, die von einem gewissen Teil bereits als eine unvermeidliche, mit einem durch seine Passivität erschreckenden Fatalismus angesehen wird.

Wir haben keine Ursache, daran zu zweifeln, daß man auf beiden Seiten bestrebt ist, das Maximum von Erfolgen für die Partei und für die Arbeitererschaft zu erreichen; die letzte Ursache der verschiedenen Einstellung mag darauf zurückzuführen sein, daß die eine Seite ihr Hauptaugenmerk auf die Erfolge des Augenblicks, auf eine vermeintliche Entspannung der gegenwärtigen innen- wie außenpolitischen Krise legt, während der andere Teil bei allem Bestreben, den sozialistischen Einfluß zur Besserung der gegenwärtigen Notlage aller arbeitenden Schichten in die Waagschale zu werfen, das Schwergewicht seiner Taktik doch auf die Ueberwindung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und die Erkämpfung der sozialistischen Planwirtschaft legt.

Doch prüfen wir zunächst, welches die

Argumente der Freunde einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei

find. Wir glauben sie im wesentlichen wie folgt zusammenfassen zu können:

- a) In dem Stadium, in dem wir uns befinden, in der Republik, darf die Sozialdemokratie nicht mehr außerhalb der Regierung stehen, denn ihr Verhältnis zum Staat ist ein anderes geworden, als in der Monarchie.
- b) Außerhalb der Regierung ist die Sozialdemokratie isoliert und ohne wesentlichen Einfluß.
- c) Die Sozialdemokratie muß in der Regierung sein, um die Demokratisierung der Verwaltung und der Reichswehr durchzusetzen.
- d) Angesichts der drohenden Gefahren des Rechtsbolshewismus, des deutschen Faschismus, wie er sich insbesondere in Bayern zeigt, ist der Einfluß in der Regierung unentbehrlich.
- e) Wir haben vor kurzem die Gesetze zum Schutze der Republik geschaffen und müssen jetzt innerhalb der Regierung für ihre Anwendung und Durchführung sorgen.
- f) — und dies ist das schwerwiegendste und in den letzten Wochen mit dem größten Nachdruck betonte Argument — Die Reparationsfrage ist heute die Frage schlechthin, die die ganze Innen- wie Außenpolitik Deutschlands beherrscht. Die Lösung der Reparationsfrage ist nur auf kapitalistische Weise möglich und sie kann nur geschehen zusammen mit den Kreisen der Wirtschaft. (Natürlich versteht man unter den Kreisen der Wirtschaft diejenigen der Deutschen Volkspartei!) Dazu gehört vor allem eine Intensivierung der Produktion, insbesondere auch der landwirtschaftlichen, und die

Gewinnung einer Kreditunterlage für eine auswärtige Anleihe. Die Kräfte, von denen das Schicksal Deutschlands abhängt, sind die deutschen Wirtschaftsführer und die Arbeiterchaft, die schleunigt den „Weg zur Verständigung“ jucken müssen! Darum müssen wir im Interesse der Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes die große Koalition verlangen, und zwar nicht mit den Agenten der Wirtschaftsführerkreise, sondern mit den Wirtschaftsführern, den Sinnes, Blücher, Sorge usw. selbst.

Dies sind die wesentlichsten ins Feld geführten Argumente, die sich in ihrem Kern dahin zusammenfassen lassen: Die Sicherung der Republik kann nur dann garantiert werden, wenn die Sozialdemokratie in der Regierung ist, und darum darf sie auch vor einer Koalition mit einer der Rechtsparteien nicht zurückweichen. Die Kernfrage unserer ganzen Politik ist die der Reparation und sie kann nur kapitalistisch gelöst werden durch Beteiligung der sogenannten „Wirtschaftsführer“ an der Regierung.

Die Beweisführung scheint so bündig, daß sie ohne tiefere Prüfung in der Tat bestehen könnte. Ganz anders verhält es sich bei einer

näheren Prüfung der vorgebrachten Argumente.

Ehe wir in eine solche eintreten, müssen wir zunächst feststellen, in welcher historischen Periode der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung wir uns befinden. Der Weltkrieg hat zu dem, schon im Frieden von unseren hervorragenden Theoretikern vorausgesagten Zusammenbruch des alten Regimes und zu einem beginnenden Umsturz geführt. So wurde durch die Revolution zunächst das Schwergewicht zugunsten der Arbeiterklasse verschoben. Jedoch ward durch die verschiedensten, hier nicht näher zu untersuchenden Momente die günstige Lage nicht entsprechend genutzt, die tiefgehenden, unausgetragenen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Proletariats machten eine einheitliche Fortführung des Kampfes unmöglich. Dadurch gewann die Bourgeoisie Zeit, sich von ihrem Schreck zu erholen und sich wieder aufzuraffen, sie betrachtete es damals als für ihre Klasse von außerordentlichem Wert, daß sie sich mit der Sozialdemokratie in die Macht teilen durfte. Aus der ganzen Situation, insbesondere aus dem Umstand, daß die Arbeiterchaft durch die Revolution das Endziel nun nicht mehr als eine jerne Gata Morgana, sondern als unmittelbar zu erstrebende Forderung zu betrachten gelernt, die Bourgeoisie aber die eminente Gefahr der ernststen Bedrohung ihrer Klassenherrschaft erkannt hatte, entstand eine außerordentliche Verschärfung der Klassengegnische, weil nunmehr der ganze Inhalt des Klassenkampfes plötzlich auf beiden Seiten unmittelbar in die Augen gerückt wurde. Das hat auf der einen Seite zu einer großen Verstärkung der Reihen der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiterorganisationen — Gewerkschaften und sozialistische Parteien —, auf der anderen Seite zu einer inneren Annäherung der bürgerlichen Kreise, aller an der Aufrechterhaltung des Bestehenden Interessierten, gegenüber dem Umsturz geführt. Es gibt heute in Deutschland keine bürgerliche Partei mehr, die am Umsturz, an einer revolutionären Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse interessiert wäre. Sämtliche bürgerlichen Parteien sind sich heute bei allen bestehenden Meinungsverschiedenheiten, die zum Teil auf der Verschiedenheit ihrer Zusammensetzung basieren, darin einig, daß „Ruhe und Ordnung“ aufrecht erhalten werden muß in dem Sinne, daß ein Weiterreiben der Revolution mit allen Mitteln verhindert werden muß.

Demgegenüber muß das Ziel der Sozialdemokratie sein, die deutsche Revolution nicht als abgeschlossen zu betrachten, sondern danach zu streben, das heute zugunsten der Bourgeoisie verschobene Schwergewicht wieder auf die proletarische Seite zu verladen, aus der Verteidigungsstellung herauszukommen, um wieder zum Angriff zu gelangen. Dazu bedarf es aber vor allen Dingen, daß die Tatsache des verschärften Klassenkampfes in die Gehirne aller zum Proletariat gehörenden Hand-

und Kopparbeiter als Klassenbewußtsein eindringt, weil nur so eine wirklich kampffähige Mehrheit für uns gewonnen werden kann.

Darum muß unsere Politik die Tatsache des Klassenkampfes klar offenbaren, jede Maßnahme verhindern, die zu einer Verschleierung führen könnte, um so jene fluktuierenden Elemente zu gewinnen, die heute noch teilweise den Rechtsparteien Gefolgschaft leisten. Wir haben keine Ursache, in latter Selbstzufriedenheit die Millionen zu mustern, die auch in den Stürmen der letzten Jahre dem Sozialismus die Treue gewahrt haben, wir dürfen uns vielmehr die Augen nicht vor der bedauerlichen Tatsache verschließen, daß eine so stark von sozialistischen Gedanken getragene, auf einen so jammervollen Zusammenbruch des bestehenden Regimes gefolgte Revolution nicht eine nachhaltigere, die gewaltigen Massen auf ihre Seite reißende Wirkung ausgeübt hat. Gerade diejenigen unter uns, die die Revolution nicht als einen einmaligen Akt, vielmehr als einen langen, schwierigen, sich wellenförmig entwickelnden Prozeß auffassen, müssen danach trachten, daß die kurzzeit rückflutende Welle bald wieder von einem Wellenhochgang abgelöst werde. Das muß jeder wünschen, der unsere Bewegung nicht als abgeschlossen, als an ihrem Ziel angelangt, betrachtet — erreichen aber können wir es nur durch die schärfste Hervorhebung der Klassengegenstände, der auch die noch nicht aufgeklärten Schichten schließlich erkennen läßt, zu welcher Seite der Barrikade sie gehören.

Oder betrachtet man etwa die derzeitige deutsche Republik als die Verwirklichung des sozialistischen Staatsideals? Die so häufige Mahnung zur „Staatsgesinnung“, zur völlig veränderten Haltung der deutschen Sozialdemokratie zur bürgerlichen Republik Deutschland könnte zuweilen zu solcher Auffassung verführen. Diese Situation erinnert sehr lebhaft an die Auseinandersetzungen, die 1904 auf dem Internationalen Sozialistenkongreß von Amsterdam insbesondere zwischen Jaurès und Bebel stattfanden. Jaurès hatte damals zum Schutz der bedrohten französischen Republik durch einen korrumpierten Militarismus und Klerikalismus den Eintritt des damaligen Sozialisten Millebrand in das Kabinett Waldeck-Rousseau vorgebeizt und verteidigt. Da gemahnte ihn Bebel an seine eigenen, früher ausgesprochenen Worte, in denen es hieß:

„Der Sozialismus kann nicht ein Stück der Macht annehmen; er muß warten, bis er die ganze Macht bekommt. Wir können mitarbeiten an Teilreformen und wir tun das wirklich. Aber eine Partei, die sich die vollständige Umwälzung der Gesellschaft, die Einsetzung eines neuen Eigentums- und Lebensprinzips an Stelle des geltenden Prinzips als Ziel setzt, kann nur die ganze Macht annehmen. Wenn sie nur einen Teil hat, hat sie nichts; denn dieser Einfluß wird paralytisiert von den herrschenden Prinzipien der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. . . . Das neue gesellschaftliche Ideal wird nicht realisiert, sondern kompromittiert und es entsteht eine Krise, aus welcher der Sozialismus nicht herauskommt.“

Aber ist nicht auch die deutsche Republik noch eine bürgerliche Republik? Ist nicht auch in ihr noch die kapitalistische Ordnung die herrschende und die Bourgeoisie bestrebt, durch die Staatsmacht ihre Klassenherrschaft zu sichern? So wenig wie zu Zeiten der Monarchie aber ist in der bürgerlichen Republik der Staat etwas über den Parteien Stehendes, diese Republik vielmehr der Repräsentant der herrschenden Klassen. Allerdings zugleich auch der beste, weil demokratischere Kampfesboden für das Proletariat, und aus diesem Grunde hat das Proletariat alle Ursache, seine ganze Kraft zur Sicherung dieses Kampfesbodens gegen alle reaktionären und monarchistischen Gefahren einzusetzen. Nun glaubt man aber, diese Sicherung sei nur gewährleistet durch die Tätigkeit sozialistischer Minister in der Regierung, durch Mitwirkung in der Exekutive. Wir haben keine Ursache, das, was sozialistische Minister Gutes geleistet haben, irgend zu verkürzen. Aber noch weniger wollen wir die allerjüngste Geschichte vergessen, die uns zeigte, daß eine Regierung mit außerordentlich starkem sozialistischem Einschlag vor dem Kapp-Putsch nicht in der Lage war, diesen zu verhindern oder abzuwehren. Die Rettung der Republik in ihrer höchsten Gefährdung geschah vielmehr durch die mobilisierten und einig als Klasse zusammenstehenden Massen des Proletariats.

das auch dann noch blutige Opfer zu bringen hatte, als die geflüchtete Regierung wieder nach Berlin zurückgekehrt war.

Auch in der dem Kapp-Putsch folgenden Zeit konnten durch die Koalitionsregierungen mit sozialistischer Beteiligung erneutes Erstarken der Reaktion, die Vorbereitung neuer Gefahren für die Republik, die Unterhöhnung ihres Bodens durch Aufstellung der bewaffneten Geheimorganisationen und die Ermordung führender Republikaner nicht verhindert werden. In der Stunde neuer, drohendster Gefahr erfolgte wiederum nach der Ermordung Rathenaus der

Appell an die Massen,

als dem einzig wahren Schutzwall für die Republik. Wer aber bei den letzten Demonstrationen nach Rathenaus Ermordung mitten in den Massen stand, der wird eine weitere Beobachtung gemacht haben: Die Massen sehen die Vergeblichkeit eines Handelns ein, das nur darauf gerichtet ist, den status quo (den bestehenden Zustand) aufrecht zu erhalten und zu festigen, um bei der nächsten Gefahr wieder aufgerufen zu werden; in ihrem Klassenbewußtesten Teil sind sie sich vielmehr darüber klar, daß diese Republik erst mit anderem ökonomischen und sozialen Inhalt erfüllt werden muß, um wirklich gesichert und um ihnen dauernd wertvoll zu sein. Sie wissen, daß hierzu Demonstrationen nicht genügen, sind auch bereit, weitere und selbst die höchsten Opfer zu bringen. Das deutsche Proletariat mag an enthusiastischer Begeisterung den romanischen Völkern nachstehen — an Idealismus und Bereitwilligkeit zu letzten Opfern für ein großes Ziel wahrlich nicht. Und darum bildet es die einzige wirklich zuverlässige Stütze für die Republik.

Aber damit kommen wir auch schon mitten hinein in die Beantwortung der zweiten Behauptung, daß sich nämlich

die Sozialdemokratie außerhalb der Regierung isoliere

und ihres wesentlichsten Einflusses beraube. Doch analysiert man diese Erklärung näher, so wirft sich sofort zur Klärung die Ergänzungsfrage auf: Von wem isoliert sich denn die Sozialdemokratie? Doch nur von den regierenden bürgerlichen Parteien. Wir glauben allerdings, daß diese Isolierung die Sozialdemokratie sehr wohl ertragen und sich sogar konsolidieren kann, solange sie nur sich hütet vor jeder Isolierung von den proletarischen Massen — die einzige Isolierung, die ihr gefährlich werden könnte. Und darum halten wir die neuerdings wieder auftauchende Theorie, daß man den Fraktionen Handlungsfreiheit lassen und ihnen keine Bindung auferlegen dürfe — daß man den „Feldherren“ die Entscheidung freilassen müsse, für verhängnisvoll. Uns dünkt, gerade das deutsche Volk hat nach seinen Erfahrungen mit dem freien Schalten seiner „Feldherren“ im Weltkrieg und angesichts der „herrlichen Zeiten“, denen sie uns entgegengeführt, keine Ursache zur Begeisterung für dieses System. Wir sind nun einmal auch noch solch altmodische Anhänger des historischen Materialismus, daß wir uns nicht einbilden können, die Geschichte werde durch einige geniale Persönlichkeiten gemacht, sondern wir glauben immer noch daran, daß die Triebkräfte geschichtlichen Geschehens und Werdens die ökonomische Entwicklung und die aus ihr geborenen gesellschaftlichen Kräfte sind; darum kann auch für denjenigen, der die Richtigkeit dieses wissenschaftlichen Historismus einmal erkannt hat, die aristokratische Auffassung von der Führung der Menschheit durch einige genialische Persönlichkeiten gar nicht mehr in Frage kommen, sondern als Sozialist wird er nur als Richtschnur haben

die Selbstbefreiung der unterdrückten Menschen durch eigenes Ringen,

eigenes Erkennen und Bestimmung der Marschroute durch den auf demokratische Weise zum Ausdruck kommenden Mehrheitswillen der kämpfenden Gesamtheit.

Und wie dieser Mehrheitswille der sozialistischen Arbeiterschaft bei einer Befragung sein würde, daran zweifeln wir keinen Augenblick.

Wäre dem aber wirklich so, daß die Sozialdemokratie außerhalb der Regierung isoliert und ohne entsprechenden Einfluß ist, dann wäre die praktische Folgerung aus solcher Tatsache die Forderung der Koalition unter allen Umständen, nur um sich nicht der Gefahr der Isolierung und Einflußbeschränkung auszusetzen. Es wäre aber auch eine nachträgliche völlige Bankrotterklärung der jahrzehntelangen, von den Sozialisten aller Länder anerkannten Praxis der deutschen Sozialdemokratie, für die ja unter der Monarchie die Frage der Regierungsbeteiligung praktisch überhaupt nicht auftauchte. Aber war darum die Sozialdemokratie in den vergangenen Jahrzehnten einflußlos? Ist es ihr nicht in der scharfen Opposition gelungen, selbst dem monarchistisch regierten Deutschland Konzessionen abzuwingen, ist nicht der Stand unserer Sozialreform derjenigen des republikanischen Frankreich weit überlegen gewesen, trotzdem dort der Sozialist Millerand im Kabinett Waldeck-Rousseau angeblich die große Aera der sozialen Reformen einleitete? Und hat nicht Bismarck selbst bestätigt, daß die Einführung der deutschen Sozialreformen einzig auf die sozialistische Opposition zurückzuführen sei?

Wir haben wahrlich keine Ursache, heute die Taktik der Vergangenheit und ihre Erfolge zu verleugnen und darum eine dauernde grundsätzliche Abkehr von ihr vorzuschlagen.

Da erinnert man uns aber an die dringlichste Aufgabe der

Demokratisierung der Verwaltung und der Reichswehr,

um damit eine solidere Basis für die Republik zu schaffen. Die Notwendigkeit der Demokratisierung der Verwaltung wird von keinem von uns unterschätzt, allerdings wissen wir auch, daß diese im wesentlichsten Sache der Länder, und nicht in erheblichem Maße die des Reiches ist. Aber sehen wir selbst hiervon ab: Wenn die Sozialdemokratie mit den drei bürgerlichen Parteien einschließlich der Deutschen Volkspartei eine gemeinsame Reichsregierung bildet, so werden bei Neubesetzungen in der Verwaltung alle Parteien ihre proportionalen Ansprüche stellen und die drei bürgerlichen Parteien, insbesondere aber die Volkspartei, werden sich dabei gewiß nicht durch besondere Bescheidenheit auszeichnen. Dann wird die „Demokratisierung“ unter Mitverantwortung der Sozialdemokratie also auch darin bestehen, die Verwaltung der Republik den Händen von Vertretern der monarchistischen Volkspartei mit anzuvertrauen.

Noch bezeichnender ist es mit der Forderung nach Demokratisierung der Reichswehr. Wohl ist die Reichswehr ausschließlich Sache des Reiches. Aber darf man vielleicht die unbescheidene Frage stellen, welchen Erfolg alle bisherigen Koalitionsregierungen, an denen Sozialisten beteiligt waren, bis zum Kabinett Wirth mit seinem Reichswehrminister Gehler in bezug auf Ausbessern der Reichswehr von ihren monarchistischen Elementen gehabt haben? Versprechungen wurden gemacht — aber der Einfluß der Sozialdemokratie in der Regierung hat doch anscheinend auch schon ohne Deutsche Volkspartei nicht ausgereicht, um auch nur einen Schritt in dieser Richtung tun zu lassen. Und dazu wurde ein Ansturm der Massen gegen das Reichswehrministerium und seine sträflichen Unterlassungssünden — wir wollen uns nicht noch stärker und zutreffender ausdrücken — durch die Tatsache der Regierungskoalition und der Gesamtverantwortlichkeit des Kabinetts gehemmt. Wie bedeutungsvoll diese Tatsache ist, das erkennen wir insbesondere, wenn wir uns dem weiteren Argument, der Gefahr des

Rechtsholshewismus und deutschen Faschismus

zuwenden. Aber ist diese Gefahr denn erst so allerjüngsten Datums und nur durch das Kabinett der Arbeitsgemeinschaft unter der Leitung des Volksparteilers Cunow akut geworden? Hier wiederum gilt es festzustellen, daß der Rechtsholshewismus — zuletzt noch unter der Flagge der Nationalsozialisten — aufkommen und dauernd an Boden gewinnen konnte, trotz der bisherigen Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung. Sagt man aber, daß der Faschismus seinen Hauptherd in

Bayern hat, so n... auch hier die Dinge im historischen Zusammenhang gesehen und darum festgestellt werden, daß die reaktionäre Fronde, die Rebellion gegen das Reich, in Bayern nur dadurch so erstarken konnte, daß die Reichsregierung — zunächst zwar das Kabinett Fehrenbach-Simons — in der Frage der Entwaffnung, dann aber in derselben Weise in allem durch Bayern bewußt aufgeworfenen Streitfragen vor Bayern zurückgewichen ist. Nur dadurch konnte der Faschismus in Bayern so stark werden, in beispielloser Weise des Reiches und der Republik ungestraft spotten und — was die ernsteste Seite ist — seine Organisation nicht nur auf das Land Bayern beschränken, sondern seine Netze über das ganze Reich ausdehnen. Jede Bekämpfung des Faschismus aber wird solange erfolglos bleiben, als er, ganz nach italienischem Beispiel, seine beste Stütze im Heer, in der Reichsmehr der deutschen Republik findet, deren Komplizität durch direkte Waffenlieferungen an Teile der Ortschaft nun wiederholt aufgedeckt und nachgewiesen worden ist, ohne daß Entscheidendes geschah.

Sehnt sich die Sozialdemokratie so sehr danach, die Mitverantwortung hierfür auch für die Zukunft tragen zu dürfen? Die Erfahrungen zeigen uns doch zu deutlich, daß das deutsche Bürgerum ebensowenig wie das italienische irgend einen entschiedenen Kampf gegen den deutschen Faschismus aufnimmt oder wirksam unterstützt. Oder glaubt man, daß dies nach Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierung besser würde? Dafür kommt uns gerade zurzeit eine recht interessante Illustration. Die Deutsche Volkspartei soll doch die Partei der Wirtschaft sein. Gerade aus dem Grunde sei sie so unentbehrlich. Ist die Deutsche Volkspartei die politische Vertretung der Großindustrie, so bildet der Reichsverband der Deutschen Industrie ihre wirtschaftliche. Es wird nun bekannt, daß das Haupt des Faschismus, der nationalsozialistische Führer Hitler, die sehr reichlichen Mittel für seine antisemitische Sektopabanda von dem geschäftsführenden Präsidialmitglied des Bayerischen Industrieverbandes, der bayerischen Unterabteilung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, erhält,

die deutschen Faschisten Stipendiaten der Großindustrie

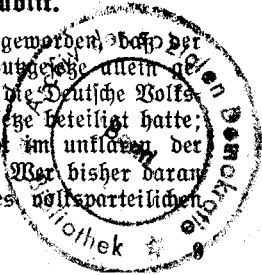
sind. Auch hier ein Vorgehen nach „berühmtem“ italienischen Vorbild. Daraus ist nun allerdings unseres Erachtens nicht die Lehre zu ziehen, daß man zur Bekämpfung des Faschismus mit diesen „Wirtschaftsführern“ eine gemeinsame Regierung bilden muß, vielmehr gilt es, anders als das Proletariat in Italien verfuhr, die proletarischen Kräfte gegenüber diesem planmäßigen Vorgehen der bürgerlichen Reaktion zu sammeln und in geschlossene Kampfbereitschaft für eine drohende Auseinandersetzung zu bringen, die sich allerdings nicht in Demonstrationen erschöpfen wird. Ohne an dieser Stelle deutlicher zu werden, genügt die Feststellung, daß die organisierte Kraft der Arbeiterschaft noch in anderer Weise gegen diese Gefahr nutzbar gemacht werden kann und muß.

In diesem scheinbar zwiespältigen Vorgehen aber zeigt die Bourgeoisie, besonders an dem Beispiel Bayerns, was sie unter „Ruhe und Ordnung“ versteht: Strengstes Vorgehen gegen die Arbeiterschaft, die wegen der geringfügigsten Vergehen Opfer der Klassenjustiz wird, und freiestes Gewährenlassen aller Unruhestiftenden reaktionären Elemente.

Und so kommen wir zum letzten der in dieser Reihe aufgeführten Gründe der Koalitionsfreunde, der

Ausführung der Gesetze zum Schutze der Republik.

Ist nun schon durch die ganzen vorherigen Darlegungen klar geworden, daß der Schutz der Republik nicht durch die Polizeimaßnahmen der Schutzgesetze allein gewährleistet werden kann, so sei doch auch hier daran erinnert, daß die Deutsche Volkspartei sich wohl an der Beratung und Ausarbeitung der Schutzgesetze beteiligt hatte; doch sei man sich über den von ihr dabei verfolgten Zweck nicht im unklaren, der dahin ging, dem Gesetze die gefährlichen Giftzähne auszuziehen. Wer bisher daran noch gezweifelt hatte, dem wurde durch die Programmrede des nationalsozialistischen



Fraktionsführers Stresemann beim Antritt des Kabinetts Cuno wohl jeder Zweifel genommen, nachdem Stresemann den **Abbau der Schutzgesetze** namens seiner Fraktion forderte.

Und aus dieser Programmforderung wurde auch alsbald praktische Politik gemacht, denn bei der kurz darauf folgenden Nachtragsetatsforderung von Mitteln zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze der Republik hat die Deutsche Volkspartei die Mittel abgelehnt! Glaubt man wirklich, in dieser Partei einen brauchbaren Bundesgenossen für die tatkräftige Durchführung der Schutzgesetze zu haben? Das wird nach diesen Erfahrungen wohl niemand mehr behaupten können. Aber man vergesse doch nicht, daß es dem bürgerlichen Einfluß bei der Schaffung der Republik-Schutzgesetze gelungen ist.

die Reichsregierung gegen die Länder auszuschalten,

und damit der Reichsregierung wichtige Waffen gegen die monarchistischen Umtriebe in den Ländern zu rauben.

*

Gehörten alle vorstehend erledigten Argumente zu derjenigen Kategorie, die den Schutz der Republik über alles stellt, so wird in der letzten Zeit dieser Ruf vollkommen überschattet von dem

Ruf nach den „Wirtschaftsführern“,

ohne deren Mithilfe in der Regierung das alles andere beherrschende Kernproblem der deutschen Wirtschaft, die **Reparationsfrage**, nicht zu lösen sei. Das wird insbesondere in der Schrift des Genossen Professor Dr. Singheimer mit aller Beredsamkeit und allem Nachdruck vertreten. Dabei geht Dr. Singheimer allerdings von der Voraussetzung aus, daß die Reparationsfrage nur auf kapitalistischem Wege zu lösen sei und darum zu diesem Zweck die Sozialdemokratie gar keinen anderen Weg zum Besten des Volkswohls, als den der großen Koalition gehen könne. Ohne Lösung der Reparationsfrage gehe die Reduzierung des Reallohnes unaufhaltbar weiter; die völlige Abhängigkeit von Produktion und Konsum von dem stets schwankenden Dollarkurs habe eine erschreckende Hoffnungslosigkeit geschaffen, weite Schichten des Kleinbürgertums würden proletariisiert oder vollkommen zugrunde gerichtet — darum müsse zur Rettung des Volkes gefordert werden:

Stabilisierung der Mark;

Steigerung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion;

Inbahnung einer endgültigen großzügigen Lösung des Reparationsproblems durch Heranziehung der Sachwerte der Industrie, der Landwirtschaft und der Banken in irgend einer Form.

Und daran anschließend sagt Singheimer wörtlich:

„Ueberblicken wir diese Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterklasse, so muß jeder ehrliche Parteigenosse es eingestehen, daß sie ohne Mitwirkung derjenigen Kreise, die insbesondere hinter der Volkspartei stehen, nicht geschaffen werden können.“

Wir rechnen uns zwar trotz unseres Widerspruchs zu derartigen Folgerungen — man möge uns dies gestatten! — auch zu den „ehrlichen“ Parteigenossen, und darum appellieren wir in gleicher Weise an die Ehrlichkeit derjenigen, die obige Schlussfolgerung sich zu eigen machen, indem wir folgende Frage aufwerfen:

Bei den oben stipulierten Maßnahmen zur Sanierung unserer Wirtschaft ist nicht nur eine Steigerung der industriellen Produktion, eine Heranziehung der Sachwerte der Industrie, vielmehr mit dem gleichen Nachdruck eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und Heranziehung der Sachwerte der Landwirtschaft gefordert. Es ist aber jeder Logik bar, wenn man die Leistungen der Industrie nicht ohne Heranziehung ihrer politischen Interessenvertretung in der Volkspartei zu erreichen glaubt, über die Durchführungsmöglichkeit

der gleichen Forderungen den Agrariern gegenüber aber sich ausschweigt. Eine rücksichtslose Logik müßte Singheimer dazu führen, daß die Intensivierung der agrarischen Produktion — und sie ist angesichts der immer stärker werdenden Einfuhr an ausländischen Lebensmitteln, die unsere Zahlungsbilanz verschlechtern und einen Druck auf die Valuta ausüben, außerordentlich dringend — und die Heranziehung der Sachwerte der Agrarier „nicht ohne die Mitwirkung derjenigen Kreise, die insbesondere hinter der Deutschnationalen Volkspartei stehen“, durchführbar sei. Vor dieser Konsequenz seiner eigenen Gedanken schreckte allerdings begreiflicherweise Singheimer zurück, wodurch sein ganzes Gebäude eine so bedenkliche Wülde erlitten hat, daß es ohne die ange deutete Ergänzung wie ein Kartenhaus zusammenstürzen muß. Ist man schon der Auffassung, daß den leistungsfähigen Schichten des Bürgertums für die Erfüllung der — für jeden Proleten und Kleinbürger allerdings selbstverständlichen! — Pflichten gegenüber dem Staat auch ein Äquivalent in der Form der Regierungsbeteiligung geboten werden müsse, dann gilt es in gleicher Weise für Industrie wie Landwirtschaft.

Aber Genosse Singheimer braucht gar nicht so sehr vor diesem Gedanken zurückzuschrecken. War es doch der gegenwärtige Reichswirtschaftsminister Dr. Becker (Heissen), der über seine Tätigkeit beim Steuerkompromiß im Frühjahr vorigen Jahres folgendes erklärte:

„Wir haben die in Betracht kommenden Herren der deutschen nationalen Fraktion ständig und bis in das letzte Stadium der Verhandlungen auf dem Laufenden gehalten, aber vor allem auch sachlich dafür gesorgt, daß keine Position, die die bürgerlichen Parteien in erster Lesung des Steuergesetzes in mühsamem und jähem Kampfe errungen hatten, preisgegeben wurde. Weitestgehenden Vorschlägen der Sozialdemokratie stand der jähe Wille der übrigen Parteien gegenüber, festzuhalten an dem Errungenen und zur Herbeiführung eines Kompromisses nur das nachzugeben, was unbedingt nachgegeben werden mußte. Mancher übliche Vorschlag wurde abgelehnt, die Erfassung der sogenannten Sachwerte konnte verhindert werden, der Plan, die etwa für Sachleistungen in Betracht kommenden deutschen Wirtschaftsgruppen diese Sachleistungen der Gruppenangehörigen besonders zahlen zu lassen, wurde abgelehnt, die Zahlung weiterer zwei Drittel Notopfer mit Erfolg bekämpft, und wenn man schließlich den Plan einer Zwangsanleihe annahm, so war dies das geringste Opfer von allen, die in diesen Verhandlungen dem Bestiz zugemutet worden waren.“

Wenn Genosse Singheimer mit Recht kritisierte, daß dem früheren Kabinett Wirth gegenüber die Deutsche Volkspartei sich in einer parteipolitisch geradezu beneidenswertem Stellung befand, indem sie „zugleich Regierung und Opposition in der Hand hatte, Macht ohne Verantwortung übte,“ so wird er nach den obigen Ausführungen des Ministers Dr. Becker wohl kaum daran zweifeln, daß bei der großen Koalition die Deutschnationalen dieselbe Rolle spielen werden, daß sie Macht ohne Verantwortung üben, wie sie dies übrigens in bestimmtem Ausmaß jetzt bereits getan haben. Auch dieser Zustand müßte unerträglich werden und darum entweder zur Aufnahme der Deutschnationalen in die Regierung oder aber zum Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung führen. Dann wären wir zwar im letzteren Falle auf einem Umweg an derselben Stelle angelangt, an der wir heute stehen, nur hätte sich dabei die Sozialdemokratie bei weiten Arbeiterkreisen durch ihre Zusammenarbeit mit Stinnes und die Maßnahmen, die sie in solcher Verbindung mitzuverantworten gehabt hätte, aufs empfindlichste kompromittiert.

Dr. Beckers obige Äußerungen zeigen aber weiterhin, in welchem Geiste die Deutsche Volkspartei politische Arbeit leistet. Weist er doch mit Stolz und Befriedigung darauf hin, wie geschickt sie es verstanden hat, alle bedeutenden Leistungen der Bestizenden abzuwehren, insbesondere die Sachwert erfassung zu hindern. Den Beweis dürfte man uns schuldig bleiben, daß seitdem die Volkspartei von einem Saulus zu einem Paulus geworden sei!

Die Befürworter der großen Koalition lassen sich aber von dem Gedanken leiten, daß gerade durch Heranziehung der „Wirtschaftsführer“ die Sanierung der Wirtschaft und die Regelung der Reparation herbeigeführt werden könne. Dabei geht man allerdings von der Voraussetzung aus, als sei das ganze Elend Deutschlands, d. h. des deutschen Staates der Intellektuellen, des Mittelstandes und der gegen Lohn und Gehalt Beschäftigten, im wesentlichen der Deutschland auferlegten Reparationslast zuzuschreiben. Es ist aber für denjenigen, der Heilmittel zur Gesundung der deutschen Wirtschaft angeben will, wichtig, vorher alle Krankheitsursachen klarzustellen, was wir Sozialisten seit Jahr und Tag betonen: Es ist falsch, wenn die Bürgerlichen behaupten, das ganze Wirtschafts- und Finanzelend Deutschlands sei nur den ehemaligen Gegnern und der uns auferlegten Reparationslast zuzuschreiben. Nicht nur, daß im Kriege unter der glorreichen Führung Hefferichs der Grundstein zu unserer Finanzerrüftung durch eine verblendete Anleihopolitik und Schonung der Kriegsgewinnler gelegt wurde, auch nach dem Kriege haben es die Besitzenden verstanden, nach dem oben dargelegten Rezept Dr. Beders zu verfahren und den größten Teil der Lasten von sich abzuwälzen. Dieses, die Massen aufs unerträglichste belastende Verfahren wurde dann gekrönt durch eine wilde, rücksichtslose Devisenspekulation — besonders vor den Fälligkeitsterminen der Goldleistungen, des Reiches an die Entente! — durch eine fast völlige Ausschaltung der Mark aus dem Zahlungsverkehr und als Kapitalanlage, durch Befassung der durch Exporte vereinnahmten und dem Reich so bitter nötigen Devisen (ausländische Zahlungsmittel) im Auslande, durch im großen organisierte Kapitalflucht und Steuerhinterziehung. Die Besitzer der Produktionsmittel und speziell die Schwerindustrie waren und sind interessiert an dem Sturz der deutschen Valuta, der ihnen die Konkurrenz mit dem Ausland auf Grund der billigen deutschen Löhne so erleichtert und ihnen zum Teil einen guten Differenzialgewinn bei Exporten bietet.

Und erinnert es nicht sehr lebhaft an die geistige Einstellung der Utopisten, wenn Einzelner zum Schluß ausruft:

„Hat nicht der größte Teil der Industrie, wenn er einmal nachdenkt, ein un-mittelbares Interesse an allem, was heute die Arbeiterklasse zur Wirtschaftsreform in Stabilisierung, Produktionssteigerung, Verbilligung und auswärtiger Politik fordert?“

Ähnlich wie Fourier bis zu seinem Tode nicht müde wurde, täglich mit der Pünktlichkeit eines Uhrwerks nach Hause zu gehen, um auf den philanthropischen Millionär zu warten, der seinem Aufruf Folge leisten würde, so nimmt auch Einzelner an, daß die Kapitalisten einsehen müßten, daß die Forderungen der Sozialdemokratie dem ganzen Volke und somit auch letzten Endes ihnen zum Heil werden müßten. Wir gestehen — wir bewundern nach all den Erfahrungen in der kapitalistischen Wirtschaft diesen Glauben daran, daß der größte Teil der Kapitalisten, „wenn er einmal nachdenkt“, die (nicht vorhandene) Identität seiner Interessen mit denjenigen des ganzen arbeitenden Volkes erkennen könne, und wir glauben an diesen Erfolg des Nachdenkens der Industriellen gerade in der Frage des Sanierungsprogramms am allerwenigsten. Denn gerade hier bestätigte die Praxis die absolute Gegensätzlichkeit der Interessen und somit auch der Forderungen.

Die Sozialdemokratie forderte eine Währungspolitik,

beginnend mit der Devisenordnung (gegen die sofort der Sturm aller bürgerlichen Parteien einsetzte), Stabilisierung der Mark durch Ansammlung eines Devisenfonds bei der Reichsbank unter eventueller Benutzung des Goldschatzes der Reichsbank, Schaffung einer wertbeständigen Anleihe, Sachwerterfassung, Zahlung der Steuern der Besitzenden nach dem Goldkurs (was die Arbeiter, Angestellten und Beamten schon längst tun müssen durch den Lohnabzug), Steigerung der Produktion durch Vervollkommnung der Technik und Einführung rationeller Betriebsführung.

Die Volkspartei stellt dem ihre Forderung nach Produktionspolitik gegenüber

und meint damit nach den vollkommen unzweideutigen Darlegungen ihres Hauptführers Stinnes Abschaffung des Achtstundentages, Beseitigung des Streikrechts. Dieses Programm ist bekannt und hat den größten Sturm in der Arbeiterschaft erweckt. Glaubt man, der Arbeiterschaft einreden zu können, es sei am besten für das Proletariat, wenn man mit diesen Gegnern des Achtstundentages und des Streikrechts ein Regierungsbündnis bilde?

Trotzdem das Volkspartei-Kabinett Cuno die Antwortnote der Regierung Wirth an die Entente vom 14. November vorigen Jahres sich zu eigen gemacht und sich somit auf den Boden einer Sanierung formell gestellt hat, bewies die Volkspartei in ihrer praktischen Politik, die sie seitdem betrieb, daß sie in nichts ihren Charakter geändert hat. Das zeigte sich am krassesten bei der Abänderung der Steuergesetze, von denen man ja wohl nicht leugnen wird, daß sie einen Bestandteil, und nicht einmal einen unwesentlichen, des Sanierungsprogramms zu bilden haben.

Der gesamte Bürgerblock sorgte unter Führung der Volkspartei für eine ganz erhebliche Entlastung der Einkommensteuerleistung der Besizenden selbst für 1922, obwohl ihnen vorgerechnet wurde, daß schon Ende vergangenen Jahres die Lohn- und Gehaltsempfänger 71 Prozent des gesamten Aufbringens an Einkommensteuer geleistet hatten, ein Anteil, der durch die neue Abänderung noch ganz wesentlich erhöht sein wird.

Ebenso verfuhr man mit der Zwangsanleihe. Von der ursprünglich vorgesehenen Goldmilliarde bleiben heute noch ganze 10 Papiermilliarden übrig; bei der vor Weihnachten erfolgten Abänderung des Gesetzes dachte man nicht daran, das bei Schaffung des Gesetzes zugrunde gelegte Prinzip wiederherzustellen und dem sozialistischen Antrag zuzustimmen, die Höhe der Zwangsanleihe wenigstens auf die Befreiung an indirekten Steuern zu bringen.

Auf wessen Kosten die Sanierung vorgenommen werden soll, ist wohl danach nicht mehr zweifelhaft. Zugleich aber ist damit der Beweis geliefert, daß durch eine Mitverantwortung solcher Maßnahmen durch Sozialisten nicht nur das große Zukunftziel, sondern auch die unmittelbaren Tagesinteressen der arbeitenden Massen geschädigt, die Alltagsnöte des Volkes noch verschärft würden.

Man bildet sich doch nicht ein, daß all das mit dem Augenblick sich von Grund auf wandeln würde, wenn die Sozialdemokratie gemeinsam mit der Volkspartei Ministerseffel besetzt hat. Denn darin stimmen wir Einzelner zu, wenn er meint, daß das Zusammenspiel der bürgerlichen Parteien kein zufälliges, sondern aus den gesellschaftlichen Machtverhältnissen der Zeit geboren sei. Diese gesellschaftlichen Machtverhältnisse ändern wir aber nicht durch gemeinsame Regierungsarbeit mit dem erstarrten Klassegegner; wir müssen vielmehr als Sozialisten die Schlussfolgerung aus der Lage ziehen, daß wir am besten in der Opposition die bürgerlichen Parteien durch stete geschickte Schachzüge im Parlament dazu zwingen können, sich in Gegensatz zu ihren proletarischen Wählern zu setzen, um auf diese Weise durch Aufklärung und praktische Politik die gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu unseren Gunsten umzugestalten. Ist doch das ganze Spiel der Volkspartei nichts anderes, als eine verschleierte Form des Kampfes um die Macht. Durch offizielle Zusammenarbeit mit der Volkspartei in der Regierung ist dieser Machtkampf nicht zu Ende, er würde nur unter für uns ungünstigeren Umständen in- und außerhalb des Parlaments weitergeführt.

Schließlich aber müssen wir den grundlegendsten Irrtum aufdecken, der darin besteht, wenn stereotyp in den letzten Wochen erklärt wird: Wir brauchen zu den wirtschaftlichen Aufgaben des Staates die deutschen „Wirtschaftsführer“ und darum muß die Partei dieser „Wirtschaftsführer“, die Deutsche Volkspartei, mit in der Regierung sitzen. Man hat damit einen im Grunde völlig in der Luft hängenden

Begriff von „der Wirtschaft“ geschaffen, als ob die Gesamtheit der deutschen Industriellen überhaupt eine einheitliche Auffassung zur Reparationsfrage, zur Regierung oder irgend eine geschlossene Meinung in den akuten Problemen habe. Was es gibt, das ist der im Krieg stark gewordene Reichsverband der Industrie und einige hervorragende Konzernmagnaten, die zu allen Sitzungen der Regierung als „Sachverständige“ zugezogen werden.

Wie wenig aber „die“ Wirtschaft etwas Einheitliches darstellte, das zeigte sich, als im vorigen Jahre der Reichsverband in Abwesenheit des Herrn Hugo Stinnes das berührt gewordene Angebot gemacht hat und als dann eine weitere Sitzung mit Herrn Stinnes stattgefunden hatte und die Sache ernst werden sollte, da wußte man plötzlich von dem Angebot nichts mehr, und nachdem Monate darüber geredet worden, ist die Sache so leichte im Sande verlaufen.

In derselben Weise ist

die Deutsche Volkspartei jetzt ihrem eigenen Kabinett in den Rücken gefallen,

indem das offizielle Organ des Herrn Hugo Stinnes nach Bekanntwerden des deutschen Vorschlags an die Entente feststellte:

„Zum deutschen Angebot ist die Industrie nicht gefragt worden. Sie ist um nichts gebeten, sie ist auch nicht informiert worden. Wir halten den nach London gerichteten Vorschlag des Kabinetts nicht für zweckmäßig und wirtschaftlich tragbar, weil er keine Endlösung bringt.“

Wir wollen hier ganz unerörtert lassen, wie groß der Kredit des Auslandes für eine deutsche Regierung sein muß, die eine solche großindustrielle Nebenregierung neben sich hat. Man führe auch nicht das angebliche „Dementi“ des Reichsverbandes an, das er durch seinen Präsidenten Dr. Sorge im Reichswirtschaftsrat geben ließ; denn nach einigen verschwommenen Redensarten schloß Dr. Sorge damit, zu erklären, die Industrie sei bereit, an jeder Lösung mitzuwirken, die eine dauernde Gesundung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse verspreche. Und damit ist durch den Nachdruck, der auf die dauernde Gesundung gelegt ist, das Dementi zu einer Gutheißung der Stinneschen Anschauung geworden!

Haben aber damit diejenigen, die für Aufnahme der „Wirtschaftsführer“ schwärmten, noch nicht einsehen gelernt, daß man mit der Zusammenarbeit der Volkspartei in der Regierung noch lange nicht den Leistungswillen der Industrie hervorlockt, noch aber die schwerindustrielle Nebenregierung beseitigt hat? Die Beseitigung dieser den Staat bewußt untergrabenden industriellen Nebenregierung werden wir nur durch den Kampf gegen die Deutsche Volkspartei erreichen, durch Sammlung all derjenigen Kräfte im Volk, die daran interessiert sind, die Kräfte der Wirtschaft der Politik des Staates dienstbar zu machen.

*

Man kann aber auch nicht von einer Erfüllung der Reparation als einer gemeinsamen, einheitlichen Aufgabe aller deutschen Staatsbürger sprechen. Die Frage erhebt sich doch auch:

Auf wessen Kosten soll die Reparation geleistet werden?

Auf die der Leistungsfähigen oder auf die Kosten der Proletarier? Welche Auffassung Herr Stinnes darüber hat, das bewies er mit seinem Vertrag mit de Lubersac, mit dessen Abschluß er sich als einer Wohltat am deutschen Volke und als eines Aktes der Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland rühmte. In Wirklichkeit nimmt sich der Vertrag viel prosaischer aus und gleicht verteuert den Geschäften

unserer Kriegslieferanten, die seinerzeit auch als ein Beweis patriotischen Handelns gepriesen wurden. Denn auch Herr Stinnes hat seiner Aktien-Gesellschaft für Hoch- und Tiefbau 6 Prozent Kommission auf alle Lieferungen gesichert, hat für die Preise zur Grundlage die Valutaberechnung der französischen Marktpreise genommen und hat keinerlei Anstoß daran genommen, daß bei starken Abrufen auf das Abkommen von Seiten der Geschädigten dadurch, daß die deutsche Regierung (auf Reparationskonto) die deutschen Lieferanten befriedigen muß, eine neue starke Inflation und damit weitere Entwertung der Mark geschaffen wird! Noch in Görlich hat der sozialdemokratische Parteitag einen Antrag Löß angenommen, der verlangte, daß man keine Reparationsgewinnler dulden solle. Nun aber mutet man uns zu, mit den Reparationsgewinnlern eine politische Arbeitsgemeinschaft zu bilden!

Die stete Betonung, daß die ganze außenpolitische Lage diese Zusammenarbeit zu einer Notwendigkeit mache, erinnert allerdings sehr lebhaft an die

nationale Einheitsfront,

die über vier Jahre lang während des Krieges bestanden hat. Aus dieser nationalen Einheitsfront gab es aber ein so grausames Erwachen, das sich in der deutschen Revolution von 1918 entlud. Ginge nach all diesen Erfahrungen, nach der Novemberrevolution, die deutsche Sozialdemokratie erneut in eine Einheitsfront mit den größten Ausbeutern des Proletariats, dann würde das unvermeidliche Erwachen ihr selbst die schwersten Wunden zufügen! Davor aber wollen wir die durch die Vereinigung gestärkte Sozialdemokratie bewahrt wissen.

Man hat seit Jahr und Tag als die hochbedeutendste unmittelbare Aufgabe des deutschen Proletariats den

Kampf zum Schutz der Republik

proklamiert; in diesem Kampfsruf ist die Einigung entstanden. Die deutsche Republik ist auch heute noch nicht gesichert und wir sollten eine Art Schicksalsgemeinschaft in einer gemeinsamen Regierung mit den offenen und verkappten Monarchisten in der Deutschen Volkspartei, deren Führer selbst erklären, daß sie auf legalem Wege zu geeigneter Stunde die Monarchie wieder einführen wollen, eingehen?

Es drängt sich nach Prüfung der Gesamtlage folgende

Schlußfolgerung

auf:

Die Versuche zum Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft nach dem Kriege waren mit den furchtbarsten Opfern für alle nichtbesitzenden Schichten verbunden. führten zur Ausreibung großer Teile der Mittelschichten, zur Verarmung der Intellektuellen und zur Verelendung des Proletariats. Der durch falsche Finanzpolitik während und nach dem Kriege, durch die Kapitalflucht, die Spekulation gegen die Mark und die Steuererschöpfung weiter besitzender Kreise, sowie auch durch den Druck der Reparationslast verursachte Währungszerfall führte auch eine Vernachlässigung des Ausbaus des ganzen technischen Produktionsapparates herbei, der eine Verminderung der Produktion zur Folge hatte.

Zugleich hat diese ökonomische Nachkriegslage eine Beschleunigung der Kapitalkonzentration in nie dagewesenem Maßstabe hervorgerufen und diese Kapitalkonzentration bauen sich immer stärker zu einer Macht neben dem Staate aus.

Die auf ein erträgliches Maß reduzierte Reparationslast kann nur in der Weise gedeckt werden, daß ein Teil aus dem Ertrag der nationalen Arbeit dem Sieger abgegeben wird. Die Frage, um die sich der Klassenkampf der nächsten Jahre zu drehen haben wird, ist die (entsprechend der gleichlautenden für die Aufbringung der inneren Lasten):

Soll die Reparation aus dem arbeitslosen Ertrag der nationalen Arbeit, also von dem den Besitzern der Produktionsmittel zufließenden Teil, getragen werden oder aus demjenigen, mit dem die gegen Lohn und Gehalt Beschäftigten als Existenzminimum schon ein kümmerliches Dasein fristen?

Dieser tiefgehende Gegensatz, der ja nur ein Teil ist des großen Ringens beider Klassen um den Anteil am Arbeitsertrag überhaupt, deckt deutlich genug auf, daß es

keine nationale Einheitsfront

mit der Stinnes-Partei zur Lösung der inneren Sanierung, noch des Reparationsproblems geben kann. — Für unsere Einstellung zur Frage der Bildung einer Arbeitsgemeinschaft mit der Partei der Schwerindustrie aber ist maßgebend die Beantwortung der Fragen:

Glaubt die Sozialdemokratie, daß der Kapitalismus auf der Höhe angelangt ist, da er zu einem Hemmnis der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Weiterentwicklung geworden ist?

Glaubt sie, daß der Sozialismus eine höhere Wirtschaftsform darstellt, in der erst eine planmäßige, rationelle Ausgestaltung der gesamten landwirtschaftlichen und industriellen Produktion und damit eine, nicht aus der völligen Vereindung weiter Volksschichten erkaufte Steigerung des Ertrags der nationalen Arbeit möglich sein wird?

Wer beide Fragen verneint, möge zu Stinnes gehen und auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft einige Milderungen für das Proletariat zu erlangen suchen.

Wir aber stellen die Reife, ja die Ueberreife, die Morschheit des kapitalistischen Systems, das immer weitere Kreise expropriiert, ohne die Existenz seiner eignen Arbeitssklaven sichern zu können, fest. Wir glauben, auf Grund wissenschaftlicher Erkenntnis und deren Bestätigung auch durch die allerjüngste Entwicklung, daran, daß erst

der Sozialismus die wahre Gesundung von Wirtschaft und Finanzen herbeiführen, daß für ihn, für die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit, das arbeitende Volk zu großen Opfern bereit sein wird.

Darum lehnen wir die Arbeitsgemeinschaft mit Stinnes ab.

Darum begnügen wir uns aber nicht auch mit einer wohlwollenden oder auch nur abwartenden Neutralität gegenüber dem Kabinett der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, sondern fordern

die Vertretung einer eigenen Politik, die Aufnahme eines klaren Kampfes gegen den Bürgerblock und sind

gegen weitere Steuerraubzüge bei gleichzeitiger Steuerflucht der Besitzenden, gegen Abschaffung des Achtstundentages und Streikrechts,

für eine gesicherte, von monarchistischen Anschlägen und einer industriellen Nebenregierung geschützte Republik,

für eine erträgliche Existenz aller Nichtbesitzenden und schließlich für die Verwirklichung des Sozialismus.